

Was will der Kommunismus?

Über dieses Thema sprach in einer von der Kommunistischen Arbeiterpartei*) einberufenen öffentlichen Versammlung im Bahnhofshotel Herr Dr. *Laufenberg* aus Hamburg. Der Name Kommunisten sei in Deutschland zum ersten Male in der Revolution des Jahres 1848 aufgetaucht. In den Kämpfen jener Zeit habe bereits der entschiedenste Flügel der Arbeiterklasse versucht, über die bürgerliche Revolution hinweg die Revolution des Proletariats durchzuführen. Was damals die proletarische Revolution gewollt habe, die Umgestaltung der Wirtschaftsverhältnisse im sozialistischen Sinne, die Zusammenfassung der gesamten deutschen Nation auf einer gemeinsamen staatlichen Grundlage, sei auch das Ziel der proletarischen Revolution der Gegenwart; denn der proletarische Staat könne nur bestehen, wenn sein Wirtschaftsgebiet möglichst weit ausgedehnt sei und wenn er über den Rahmen der bürgerlichen Staaten hinaus das gesamte Volk in seiner Organisation vereinige. Mit Bewußtsein und mit Absicht sei daher jetzt der Name Kommunisten aufgefaßt worden, um anzudeuten, daß die Ziele des heutigen Proletariats bereits der Arbeiterklasse des Jahres 1848 vorschwebten und daß die proletarische Revolution der Gegenwart anknüpfe an die damaligen Bestrebungen. Die Kommunisten hätten in der deutschen Revolution der Gegenwart von Anfang an eine klare und entschiedene**) Politik vertreten. Als im November 1918 das alte Regiment zusammengebrochen sei, da sei aus der Revolution selbst das Werkzeug des Proletariats, die Arbeiterräte, erwachsen, und diese Arbeiterräte seien in vollem Umfange Träger der politischen Gewalt geworden. Die Aufgabe der revolutionären Politik damals sei gewesen, diese Arbeiterräte zu konsolidieren und auf ihren Grundlagen einen neuen Staat zu schaffen. Dieses Ziel der Kommunisten habe aber infolge des erbitterten Widerstandes nicht nur der bürgerlichen Klassen, sondern auch weiter Kreise der politischen und wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen nicht durchgeführt werden können. Die Kommunisten hätten stets darauf hingewiesen, daß jeder Versuch einer Verständigung mit den Westmächten und jedes Vertrauen auf die bekannten 14 Wilsonschen Punkte Deutschland in den Untergang führen müsse, daß vielmehr eine Annäherung an Rußland die gegebene Politik sein müsse. Redner wandte sich gegen den Parlamentarismus, durch den es niemals gelingen werde, das kapitalistische System zu beseitigen, selbst wenn eine überwiegende sozialistische Mehrheit vorhanden sein würde. Die Möglichkeit hierzu biete einzig und allein das Rätssystem, auf das der Redner in längeren Ausführungen einging. Wenn durch die letzten Reichstagswahlen die politische Lage nur noch verwickelter geworden sei, so seien darin die Anzeichen für einen schließlichen inneren Zusammenbruch Deutschlands zu erblicken, womit die Bahn für den Wiederaufbau im kommunistischen Sinne freigeworden sein werde. Die nächste Folge werde die Vernichtung des Friedensvertrages von Versailles und der Anschluß Deutschlands an den Osten sein. Darüber müsse sich freilich jeder klar sein, daß dann neue kriegerische Verwicklungen mit den kapitalistischen Westmächten entstehen würden, wobei alle zur Verteidigung des neuen Staates berufen seien. Die Austragung dieses Kampfes werde eine politische Notwendigkeit sein, und diese Notwendigkeit sei nicht mit pazifistischen Gedanken zu beseitigen. Nach Ansicht des Redners werde das deutsche Volk gemeinsam mit den Völkern des Ostens den Sieg davontragen. — Da sich Diskussionsredner nicht zu Wort meldeten, konnte die gutbesuchte Versammlung bereits um 10 Uhr geschlossen werden.

*) in der Vorlage: kommunistischen Arbeiterpartei

**) in der Vorlage: entscheidende

Allgemeine Lauenburgische Landeszeitung, 50. Jg., No. 137 (Montag, den 14. 6. 1920), Seite 3, Spalte 1; Rubrik »Kreis, Provinz und Nachbargebiete«.

In No. 134 (Donnerstag, den 10. Juni 1920), Seite 4 erschien eine Anzeige der KAPD, Ortsgruppe Lauenburg betr. die Veranstaltung, und in der No. 135 (Freitag, den 11. 6. 1920), Seite 2, Spalte 3 ein redaktioneller Hinweis.